

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Hagen

Abg. Alexander König

Abg. Katharina Schulze

Abg. Manfred Eibl

Abg. Uli Henkel

Abg. Annette Karl

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Dr. Fabian Mehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Albert Duin

Abg. Walter Nussel

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Raimund Swoboda

Staatssekretär Roland Weigert

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion**  
**"Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog - Wohlstand und Arbeitsplätze sichern"**

Sie kennen das Prozedere: entweder fünf Minuten pro Redner oder für einen Redner zehn Minuten unter Verzicht auf einen weiteren Kollegen oder eine weitere Kollegin. Die fraktionslosen Kollegen haben je zwei Minuten zur Verfügung.

Erster Redner ist Herr Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion, bitte.

**Martin Hagen (FDP):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, einen schönen guten Morgen! "Bayerische Wirtschaft im Abwärtssog", titelte Ende Oktober der Bayerische Industrie- und Handelskammertag. Der Konjunkturindex, ermittelt durch eine Umfrage unter 3.700 bayerischen Unternehmen, ist demnach zum fünften Mal in Folge – auf den niedrigsten Wert seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 – gesunken. Unser Arbeitsmarkt zeigt sich Gott sei Dank noch relativ robust, aber auch hier, so stellen wir fest, kommen die Einschnitte näher.

Brose streicht Hunderte von Stellen in Coburg, Würzburg, Bamberg und Hallstadt. In Hallstadt schließt außerdem Michelin sein Werk mit 860 Mitarbeitern. Bei Continental in Roding stehen 540 Beschäftigte vor dem Aus. Brandl schließt sein Werk in Pfeffenhausen, Bosch streicht Arbeitsplätze in Bamberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als die FDP vor einem halben Jahr hier schon einmal die wirtschaftliche Entwicklung zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht hat, war der Abschwung noch etwas Abstraktes. Es ging um Zahlen, es ging um Prognosen. Heute geht es um Jobs, heute geht es um Arbeitsplätze, heute geht es um die Schicksale von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schade, dass der Wirtschaftsminister heute bei dieser Debatte nicht anwesend sein kann. Ich weiß, er ist in China. Dies ist eine wichtige Delegationsreise. Mich würde aber interessieren, was er diesem drohenden Abschwung entgegensetzen gedenkt.

Mir sagen Unternehmen und Vertreter von Wirtschaftsverbänden immer wieder, dass ihnen wohler wäre, wenn wir in diesen stürmischen Zeiten an der Spitze des Wirtschaftsministeriums jemanden hätten, der sich in der Vergangenheit einen Ruf als kompetenter Wirtschaftspolitiker erarbeitet hat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Mein Gott! Primitiv! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Ähnliches, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, höre ich übrigens hinter vorgehaltener Hand auch immer wieder von Ihrem Koalitionspartner.

(Alexander König (CSU): Das sind alles bloß Unterstellungen!)

Auch jemand, der bewiesen hat, dass er Positionen vertritt, die im Interesse der bayerischen Wirtschaft liegen, der amtierende Wirtschaftsminister, ist ein erklärter Gegner wichtiger Infrastrukturprojekte wie beispielsweise der dritten Startbahn am Münchner Flughafen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Der amtierende Wirtschaftsminister ist ein erklärter Gegner der Stromtrassen, die wir dringend brauchen, um eine sichere und vor allem auch bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten, und er ist ein erklärter Gegner von Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP. Dabei ist es doch gerade dieser Handelskonflikt, sind es doch gerade diese Strafzölle, die unserer exportorientierten Wirtschaft zurzeit so sehr zusetzen.

Meine Damen und Herren, ich schätze Herrn Aiwanger wirklich als humorvollen, bodenständigen Kollegen. Aber für mich ist er der falsche Mann zur falschen Zeit im falschen Amt.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Das ist eine falsche Diskussion!)

Letzte Woche haben die Förderagentur BayStartUP und Bayerns IHK Alarm geschlagen. Unsere Start-ups leiden unter einem akuten Mangel an heimischem Wagniskapital. Sie geraten damit in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalgeber, was dazu führt, dass Technologie, die hier in Bayern mit bayerischen Fördergeldern entwickelt wurde, ins Ausland abwandert.

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident meine Idee eines bayerischen Start-up-Fonds in seine jüngste Regierungserklärung aufgenommen hat. Ich bin gespannt, was daraus wird. Aber wo bleibt die bayerische Bundesratsinitiative für ein Venture-Capital-Gesetz, das die Rahmenbedingungen gerade auch für privates Wagniskapital in Deutschland verbessert? Das wäre ein sinnvolles Betätigungsfeld für die bayerische Wirtschaftspolitik.

Ein Weiteres wäre die Frage, wie wir die Regionen unterstützen, die besonders stark vom Strukturwandel in der Automobilindustrie betroffen sind. Unsere Idee heißt "Bavarian Valleys" – Sonderwirtschaftszonen mit besonders günstigen Bedingungen für die Hightech- und Digitalwirtschaft. Ein niederbayerisches Shenzhen, ein oberfränkisches Sophia Antipolis – das mag für manche arg visionär klingen; aber, meine Damen und Herren, genau das Visionäre war es, das früher einmal die bayerische Wirtschaftspolitik ausgezeichnet hat.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend ein paar Worte zur Bundespolitik: Bei der spielen die FREIEN WÄHLER keine Rolle und können deshalb auch nichts bewirken.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die FDP aber auch nicht!)

Aber zumindest die CSU gehört der amtierenden Bundesregierung Gerüchten zufolge noch an.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ganz dringend Impulse für Wachstum. Ich beschränke mich aufgrund der Redezeit auf drei Punkte:

Erstens.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie zu, es kann Ihnen nicht schaden.

Erstens. Steuerliche Entlastung: Senken wir die Unternehmensteuern auf den EU-Durchschnitt. Schaffen wir endlich den Soli ab!

(Alexander König (CSU): Dem stimmen wir zu!)

Das entlastet Personengesellschaften, also den kleinen Mittelstand. Sie, die CSU, haben dagegengestimmt, als wir es im Bundestag beantragt haben. Senken wir die Stromsteuer endlich auf das europäische Mindestmaß. Die steigenden Stromkosten in Bayern werden zunehmend zur Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber für die Industrie.

Zweitens. Impulse für mehr Investitionen: Der Staat muss seinen Investitionsstau auflösen, aber auch die Privatwirtschaft braucht Anreize zu investieren. Wir als FDP fordern deshalb eine auf zwei Jahre begrenzte degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter. Wir fordern eine Sonderabschreibung für alle Wirtschaftsgüter, die der digitalen Transformation dienen.

Drittens. Wir müssen die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, endlich von Bürokratie und Überregulierung befreien. Das starre Arbeitszeitgesetz gehört flexibilisiert,

Dokumentationspflichten gehören reduziert und Aufbewahrungsfristen verkürzt. Lassen wir den Unternehmen in Deutschland endlich wieder mehr Luft zum Atmen.

(Beifall bei der FDP)

Was wir angesichts des drohenden Abschwungs und der damit verbundenen zu erwartenden sinkenden Staatseinnahmen nicht brauchen können, sind weitere teure Wahlgeschenke. Da haben Sie zuletzt in Bayern ordentlich zugeschlagen; aber auch im Bund ist der Sozialetat in den letzten sechs Jahren von 145 auf über 180 Milliarden Euro gestiegen, meine Damen und Herren.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

**Martin Hagen (FDP):** Frau Präsidentin, ich komme zum Ende.

Wir haben gelesen, dass die Kanzlerin kurz davor ist, beim SPD-Thema Grundrente umzufallen. Das wird der nächste Lackmustest für die CSU.

Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst. Schluss mit der Lethargie! Mehr Tempo für Wirtschaft, mehr Tempo für Wohlstand! Nur so gelingt es uns, die großen Herausforderungen zu bewältigen, die jetzt vor uns liegen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Alexander König für die CSU-Fraktion. Er hat zehn Minuten Redezeit.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog – Wohlstand und Arbeitsplätze sichern" lautet der Titel der heutigen Aktuellen Stunde. Ein Abwärtssog ist etwas Dramatisches, etwas, was man nicht aufzuhalten vermag. In einem Sog zieht es etwas nach unten; ob man will oder nicht, man kann sich nicht dagegen wehren.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob diese plakative Beschreibung der Lage unserer Wirtschaft in Bayern wirklich gerecht wird. Jedenfalls scheint es mir nicht hilfreich zu sein, die Sachlage dramatischer zu beschreiben, als es die objektiven Daten hergeben. Wir wissen, dass Stimmung und Erwartungen die tatsächliche Entwicklung zu beeinflussen vermögen.

Richtig ist, dass sich die Nachfrage in der Industrie, von einem sehr hohen Niveau kommend, weiter verschlechtert hat. Die Ursachen sind auch bekannt: einmal die internationalen Handelsauseinandersetzungen, die sich international abschwächende Industrieproduktion, aber auch strukturelle Probleme, wie bei uns im Fahrzeugbau. Dagegen sind die Sektoren Bau und Dienstleistungen in sehr guter Verfassung. Auch aus dem Handel werden sehr gute Geschäfte gemeldet. Meine Damen und Herren, insgesamt sind die Erwartungen der Unternehmen für die Zukunft schlechter als die aktuelle Lage.

Unstrittig ist gleichwohl, dass der Aufschwung zunächst beendet zu sein scheint und wir für eine absehbare Zeit eine wesentlich schwächere wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten haben. Tendenziell trifft die abschwächende konjunkturelle Entwicklung Bayern aufgrund seiner exportabhängigen Industrie natürlich besonders stark. Damit einher gehen natürlich auch Risiken, namentlich bei der Beschäftigung und namentlich auch in Regionen, die in besonderer Weise vom Fahrzeugbau geprägt sind.

Kolleginnen und Kollegen, gefragt ist in dieser Situation nicht Aktionismus, sondern gefragt sind nachhaltig wirkende Maßnahmen zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist in den letzten Jahren gesunken. Auf dem Feld der Digitalisierung hinken wir nach diversen internationalen Statistiken hinterher, und die zweifellos gegebene, große Herausforderung des Klimaschutzes birgt die Gefahr, dass die zu ergreifenden Maßnahmen zu wenig auf ihre wirtschaftlichen Wechselwirkungen hin untersucht werden.

Wir, die CSU, wissen, was zu tun ist, um diesen Wirtschaftsstandort für die Zukunft zu sichern. Aber, das ist leider auch wahr, uns fehlen namentlich auf Bundesebene die notwendigen Mehrheiten, um die aus unserer Sicht dort erforderlichen Maßnahmen zeitnah umzusetzen. Das ist vor allem eine gebotene Unternehmensteuerreform. Unsere Kapitalgesellschaften dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Konkurrenten auf internationaler Ebene, auf der die Steuerbelastung vor Ausschüttung bei den maßgeblichen Ländern im Schnitt bei 25 % liegt, während sie bei uns deutlich über 30 % liegt. Dazu gehören auch der vollständige Wegfall des Solidaritätszuschlags genauso wie eine endlich gerechte Besteuerung unserer Personengesellschaften. Auch die im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen, völlig überhöhten Industriestrompreise gefährden Tausende von Arbeitsplätzen, insbesondere auch bei uns in Bayern. Es stimmt: Helfen kann hier tatsächlich nur eine Strompreissenkung.

Eine Selbstverständlichkeit für eine wettbewerbsfähige Industrie ist allerdings auch eine gesicherte Stromversorgung. Hier gilt es, die erforderlichen Maßnahmen ohne Wenn und Aber zeitnah umzusetzen und nicht immer wieder infrage zu stellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stromtrassen bauen!)

Letztlich ist ein nicht zu unterschätzendes Thema die Belastung unserer Wirtschaft durch immer mehr und detailliertere Vorschriften und der Vollzug derselben. Nur wenn es uns gelingt, die ausufernde Bürokratie zu bändigen, Dinge zu vereinfachen und nicht ständig weiter zu verkomplizieren, wenn es uns gelingt, wieder Handlungsspielräume zu öffnen, statt auch noch den letzten Einzelfall par Ordre du Mufti regeln zu wollen, nur dann wird es uns auch gelingen, die Wirtschaft von überbordenden Bürokratiekosten zu entlasten.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat gerade gestern eine moderne Forschungs- und Innovationspolitik als wirksame Industrie- und Regionalpolitik angemahnt.



Kolleginnen und Kollegen, das ist genau das, was wir in Bayern tun. Die Hightech Agenda unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder ist die logische Fortschreibung der Digitalisierungs-offensiven im Freistaat Bayern. Wir gehen voran. Wir investieren zwei Milliarden Euro, um das große Feld der künstlichen Intelligenz, welches die Leit-industrie in der Zukunft erkennbar prägen wird, in Bayern zu besetzen. 1.000 neue Lehrstühle, 10.000 zusätzliche Studienplätze und zusätzliche Spitzenforschungszent-ren sind für das Bundesland Bayern ein wuchtiges Programm. Wir würden uns wün-schen, dass sich auch andere Bundesländer entsprechend anschließen.

Markus Söder und die CSU gehen voran. Wir wollen jede Anstrengung unternehmen, um unseren hervorragenden Wirtschaftsstandort Bayern für die Zukunft bestmöglich zu sichern, Arbeitsplätze zu sichern und möglichst innovative neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nur so wird es uns gelingen, den Wohlstand, den wir gewohnt sind, auf Dauer zu erhalten, und nur so wird es uns möglich sein, Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen der Zukunft, die sich uns stellen, auf Dauer tatsächlich zu finanzie-ren.

Ein sehr wichtiger Standortfaktor ist für die Wirtschaft die sprichwörtliche Verlässlich-keit und Stabilität, die unsere Bayerische Staatsregierung, getragen von den Koali-tionsparteien CSU und FREIE WÄHLER, garantiert. In Bayern kann sich die Wirtschaft darauf verlassen, dass sie nicht nur gehört wird, sondern ihre berechtigten Anforde-rungen auch umgesetzt werden. In Bayern können sich die Wirtschaft und die Men-schen darauf verlassen, dass Arbeit, Wohlstand und der Erhalt der Lebensgrundlagen im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

In Bayern können sich die Menschen auch darauf verlassen, Kolleginnen und Kolle-gen, dass ein Paradigmenwechsel von einem marktwirtschaftlichen, Wohlstand ge-währleistenden Wirtschaftssystem hin zu einem planwirtschaftlichen, Not und Armut produzierenden politischen Regime nicht stattfindet. Kolleginnen und Kollegen, wer glaubt, dass Letzteres in Deutschland nicht mehr möglich ist, muss nur nach Berlin

schauen und sich die dortigen planwirtschaftlichen, sozialistischen, den Wohnungsbau verhindernden Vorschriften

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

zum sogenannten Mietendeckel ansehen. Kolleginnen und Kollegen, so verjagt man Investoren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

So verhindert man Wohnungsbau. So ruiniert man einen Markt. So produziert man noch mehr wohnungssuchende Menschen. So verhindert man Modernisierung. So verabschiedet man sich von der Marktwirtschaft, geht in die Planwirtschaft und damit erfahrungsgemäß in die organisierte Armut des Sozialismus.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

– Danke schön, auch für den Beifall von der FDP; ich weiß, dass wir uns da einig sind. – Das sollte drei Jahrzehnte nach dem Untergang eines Freiheit und Wohlstand verhindernden Systems des realen Sozialismus in Deutschland eigentlich nicht mehr möglich sein. SPD, LINKE und GRÜNE beweisen in Berlin aber genau das Gegenteil.

Dagegen setzen wir in Bayern auf die Marktwirtschaft, auf private Investitionen, auf neue Innovationen,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

auf bestmögliche Bildung und bestmögliche Forschungsanstrengungen und vor allem auf Wettbewerb, aber auch auf sozialen Ausgleich, Kolleginnen und Kollegen.

Die sich abschwächende Konjunktur erfordert sowohl auf Bundesebene als auch bei uns in Bayern ein besonnenes und zielgerichtetes Handeln und vor allem ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima. Dafür steht die CSU. Dafür steht die Koalition. Dafür steht diese Staatsregierung. Dafür werben wir auch weit über Bayern hinaus.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weder Schönfärberei noch Hysterie bringen die bayerische Wirtschaft weiter. Man kann eine Rezession auch herbeireden, das sollte man aber nicht tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen geben das, ehrlich gesagt, auch gar nicht her. Eine Rezession tritt ein, wenn zwei Quartale hintereinander ein negatives Wachstum herrscht.

(Zuruf von der AfD)

Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch der Rat der Wirtschaftsweisen. Dieser spricht trotz anhaltender Konjunkturschwäche – ich zitiere – nicht von einer "breiten und tiefgehenden Rezession."

Wir müssen uns vielmehr den Wirtschaftsstandort in Bayern und seine Vielfalt ansehen und dann passgenaue Maßnahmen ergreifen. Wir haben Start-ups. Wir haben KMUs. Wir haben DAX-Unternehmen. Wir haben Branchen, die boomen, wie den Handel und den Bau, und wir haben Branchen, die Herausforderungen haben, wie die Automobilindustrie und die Zulieferer. Dann sind wir natürlich noch eine stark exportorientierte Wirtschaft und deswegen auch von weltweiten Störfaktoren wie Brexit und Handelskriegen mit den USA und China betroffen.

Für uns GRÜNE heißt das, wir müssen die Industrie- und Wirtschaftspolitik für die Zukunft fit machen. Das bedeutet für uns: Wir brauchen Nachhaltigkeit. Wir brauchen Digitalisierung. Wir brauchen Effizienz. Wir brauchen eine ressourcenarme Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn eine Sache ist klar: Wer energie- und ressourceneffizient wirtschaftet, liegt auch im Wettbewerb vorne. Deswegen brauchen wir kluge Ideen für Innovationen und Rahmenbedingungen für eine ökologische und für eine digitale Modernisierung.

Da beginne ich gleich mit dem Zentralen, was wir benötigen. Wir benötigen einen CO<sub>2</sub>-Preis, der seinen Namen verdient und der sozial gerecht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einstiegspreis der GroKo für CO<sub>2</sub> ist zu niedrig. Das ist nicht nur die Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von Fridays for Future, sondern auch der Rat der Wirtschaftsweisen hat das so formuliert. Die Top-Ökonomen und viele Unternehmerinnen und Unternehmer tragen einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis mit. Man sieht also: Die Wirtschaft ist in diesem Bereich schon viel weiter als die Große Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Hinsichtlich der Automobilindustrie ist für uns GRÜNE klar, dass wir hier technologieoffen sein und bleiben müssen. Wir GRÜNE möchten, dass das Auto der Zukunft in Deutschland und in Bayern produziert wird. Uns ist egal, ob das jetzt ein E-Auto oder ein Wasserstoff-Auto ist, Hauptsache es ist emissionsarm und sauber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Sache ist aber auch klar: Für Innovationen ist die Wirtschaft zuständig. Wir als Politiker sind dafür zuständig, die Rahmenbedingungen für all die Themen richtig zu setzen, wofür die Wirtschaft nicht direkt zuständig ist. Ich fasse also zusammen, dass ein starker Staat auch einer starken Wirtschaft nutzt.

Wenn ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern rede, kommen meistens drei große Themen, die sie unglaublich beschäftigen. Das eine Thema ist Folgendes: Während in anderen Ländern schon über den 5G-Ausbau diskutiert wird, fahren wir in Bayern immer noch von Funkloch zu Funkloch und haben immer noch keinen Glasfa-

seranschluss in jedem Haus. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist peinlich und einer Industrienation eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon über Infrastruktur reden, müssen wir natürlich auch über die Energieversorgung reden. Wir GRÜNE möchten, dass die Energieversorgung bezahlbar, sicher und erneuerbar ist. Deswegen braucht es die Stromleitung vom Norden in den Süden und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. Dafür muss das Windkraftverhinderungsgesetz 10 H endlich weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann mit den Unternehmerinnen und Unternehmern weiter redet – egal, ob das jemand von einem Start-up, vom Mittelstand oder von einem DAX-Konzern ist –, kommt immer ganz schnell: Wir haben einen Fachkräftemangel. Auch da kann die Politik etwas tun: Investitionen in die Bildung – vom Kindergarten über die Schule, die Ausbildung bis hin zum lebenslangen Lernen. Und sie kann natürlich dafür sorgen, dass diejenigen, die hier lernen können, die eine Ausbildung machen können, diese Ausbildung auch antreten können. Es ist peinlich, dass es im Jahre 2019 in Bayern weiterhin Unternehmen gibt, die einen Geflüchteten nicht einstellen können, weil er immer noch keine Arbeitserlaubnis hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir den Fachkräftemangel angehen wollen, bedarf es klar einer weiteren Sache: Frauen nach vorne. Sprengen wir also endlich die gläserne Decke. Lösen wir uns von den Rollenklischees und Stereotypen von typischen Frauen- und Männerberufen, und stärken wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hilft nicht nur den Frauen und der Wirtschaft, sondern das hilft auch den Männern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann also zusammenfassen: Wir haben bei uns in Bayern, in Deutschland, kein Erkenntnisproblem, wie wir die Wirtschaft stärken können, sondern wir haben in vielen Feldern ein Umsetzungsproblem. Da sollten wir ran. Das müssen wir anpacken, damit die bayerische Wirtschaft auch in Zukunft floriert und Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Manfred Eibl.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hagen, vielleicht zur Einleitung: Sie haben vom falschen Mann am falschen Ort gesprochen. – Bitte fassen Sie sich einmal an die eigene Nase. Hinterfragen Sie Ihr eigenes Tun und Handeln, und überlegen Sie, ob Sie der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort und am richtigen Platz sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Handelskonflikte zwischen den USA und China, der Brexit, der rückläufige Welthandel und die strukturellen Probleme im Fahrzeugbau sind die Faktoren, die der bayerischen Wirtschaft zweifelsohne sehr zu schaffen machen. Die Staatsregierung und unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger setzen diesbezüglich alles daran, mit einer zukunftsfähigen Innovationspolitik, die technologieoffen, aber vor allem lösungsorientiert handelt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern stetig zu verbessern. Bayerns Wirtschaft ist gut aufgestellt. In allen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistiken belegen wir absolute Spitzenplätze. Wir sind an der Spitze der Bundesländer beim Bruttoinlandsprodukt, und dies sehr deutlich, meine Damen und Herren. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 2,7 %. Wir sprechen von Vollbeschäftigung.

Erst am gestrigen Tag hat der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten vorgelegt. Die Sachverständigen sehen den Aufschwung zwar als beendet an, gehen aber nicht

von einer breiten und tiefgreifenden Rezession aus. Sie sagen aber auch, und das sehr deutlich: Protektionismus ist der falsche Weg. Staatsregierung und Wirtschaftsminister haben auch nicht gewartet, bis hier Erkenntnisse oder Gutachten vorliegen, sondern haben bereits umfassend gehandelt und damit auch reagiert. In vier zentralen Handlungsfeldern wurden innovative Maßnahmen einer bayerischen Industriestrategie entwickelt: Die Digitalisierung stärken, neue Industrien entwickeln, die Produktion in Bayern erhalten und nach Möglichkeit auch wieder zurückholen und bezahlbare Energie sichern und gewährleisten.

Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten und vielfältigsten Regionen Europas und genießt als Hochtechnologiestandort weltweit einen hervorragenden Ruf, meine Damen und Herren.

Im Bereich der Energieversorgung werden die Optimierung und der bedarfsgerechte Ausbau im Bereich der Netze zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit gefördert. Innovationsanreize werden zur Verstärkung oder Inbetriebnahme neuer Gaskraftwerke gegeben. Wir haben eine Verlängerung der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die Unterstützung für innovative Start-ups im Bereich Digitalisierung, eine Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie hundert neue Lehrstühle im Bereich der künstlichen Intelligenz. Das sind Maßnahmen, Herr Hagen, die greifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weiter kann man die große Hightech-Strategie anführen, hinterlegt mit zwei Milliarden Euro, die genau in diesen Bereichen Einfluss nehmen und auch große Wirkungen zeigen wird. Deutschland liegt hier im Verhältnis bis 2025 bei drei Milliarden Euro; ich sage das nur, damit man einmal weiß, wo Bayern steht. Auch das aktuelle Herbstgutachten des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags bestätigt, dass von einer Rezession keine Rede sein kann. Ich bitte, eine solche auch nicht herbeizureden, weil es falsch ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

46 % der aktuell befragten Unternehmen bewerten nämlich ihre Lage nach wie vor als gut. Da kann ich nicht in dieser Art und Weise sprechen, wie Sie argumentieren.

(Martin Hagen (FDP): Schlechteste Lage seit neun Jahren!)

– Sie müssen die Lage bitte deutschland- und europaweit ins Verhältnis setzen. Das müssen Sie einmal anführen, anstatt immer Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Erzählen Sie es den Leuten, die jetzt auf der Straße stehen!)

Ihre Partei, Herr Hagen, hat es vor Jahren in der Hand gehabt, genau in diesem Haus Wirtschaftspolitik zukunftsfähig zu gestalten. Was war die Konsequenz? – Sie wurden von den Bürgerinnen und Bürgern abgestraft und haben nun die Konsequenzen zu tragen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht Herr Kollege Uli Henkel für die Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Bayern ist die Vorstufe zum Paradies, so der bekannte Ausspruch des ehemaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Tatsächlich geht es unserem Freistaat unterm Strich noch gut. Landschaft und Natur sind ein Traum, die Sicherheit ist trotz manch beunruhigender Entwicklung hoch; ich verweise an dieser Stelle insbesondere auf das Erstarken des Islamismus sowie des linken und rechten Extremismus. Und ja, auch die wirtschaftliche Lage kann sich trotz einiger Mängel vor allem bezüglich der infrastrukturellen Entwicklung in der Fläche insgesamt sehen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))



So wurde noch im April 2019 mit einer – seien wir doch ehrlich – leicht geschönten Arbeitslosenquote von knapp 3 % praktisch Vollbeschäftigung im Freistaat fingiert. Über die Frage, welcher Anteil an dieser positiven Lage nun dem Wirken der Staatsregierung zuzurechnen ist, ob Bayern also dank ihr oder trotz ihr in der Vergangenheit so prosperierte, mag man trefflich streiten. Doch dies soll nicht das Thema der heutigen Aktuellen Stunde sein.

Die Kollegen von der FDP tun also sehr gut daran, den Blick nach vorne zu richten, denn am weiß-blauen Himmel Bayerns ziehen schwarze Wolken auf.

(Zuruf von der SPD: Braune!)

Wie die Bundesbank bereits im August warnte, müssen wir uns wohl oder übel auf einen anhaltenden Wirtschaftsabschwung einstellen. Da ist die Abkühlung der Weltwirtschaft, da sind die Gefahren eines möglicherweise eskalierenden Handelskonflikts zwischen den USA und China sowie die Unwägbarkeiten des Brexit: Deutschland beginnt die Auswirkungen leider bereits jetzt zu spüren. 35.000 Angestellte bei Daimler, Ford, Audi, BMW und Volkswagen müssen fürchten, ihren Job zu verlieren, von den Zulieferern mal ganz abgesehen. Die Deutsche Bank will laut Information von Bloomberg 18.000 Arbeitsplätze streichen.

Aktuell rechnet die Bundesregierung deshalb im kommenden Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1 %, und es könnte durchaus sogar ein wenig weniger werden. Also auch die bayerische Wirtschaft wird sich diesem Sog nicht entziehen können, ganz im Gegenteil. Jüngste Erhebungen des ifo Instituts deuten gar auf einen richtigen Sturm im doch so exportorientierten Bayern hin.

Verzeichnete der Geschäftsklimaindex für Bayern vor einem Jahr noch satte 21,8 Punkte, so ist er im September schon auf minus 4,8 Punkte gefallen, und die Erwartungen innerhalb der Industrie sind mit minus 20,6 Punkten für Bayern sogar schlechter als im gesamten Bundesdurchschnitt.

Diese Daten lassen sich übrigens nicht leichtfertig mit "German Angst" abtun, denn die Krise ist längst da, auch in Bayern, auch wenn sie glücklicherweise noch nicht so viele Bürger am eigenen Leib spüren müssen. So gingen die Ausfuhren der gesamten bayerischen Wirtschaft nach China, unserem zweitwichtigsten Exportmarkt, um 3,5 % zurück. Auch bezogen auf den Gesamtexport ist schon ein Minus von 1,4 % zu verzeichnen.

Nun liegt es mir gänzlich fern, allein die Staatsregierung für diesen dramatischen Abschwung verantwortlich machen zu wollen. Die Gründe hierfür sind – wie beschrieben – mannigfaltig. Aber wir von der AfD erwarten schon, dass die Staatsregierung nun proaktiv die richtigen Entscheidungen trifft und zunächst einmal ihren völlig überflüssigen Ausflug in das Lager der Klimahysteriker beendet. Hören Sie einfach auf, es den Schulzes und Hartmanns gleichzutun zu wollen. Der Greta-Hype ebbt doch schon langsam wieder ab, und selbst der Erfolgsrausch der GRÜNEN weicht nach den letzten Wahlen im Osten dem unvermeidlichen Kater danach.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen aus dem bürgerlichen Lager, machen Sie doch bitte wieder eine Politik der marktwirtschaftlichen Vernunft und stellen Sie sich hier im Landtag, aber eben auch im Bundesrat den Anschlägen der GRÜNEN Klima-Zeloten entgegen, die das Fundament unseres Wohlstands, namentlich des produzierenden Gewerbes, schwächen. Statt die Leistungsträger unserer Gesellschaft durch immer neue Vorschriften zu gängeln, lassen Sie uns lieber der konjunkturellen Flaute rechtzeitig mit einem breiten Maßnahmenkatalog entgegentreten, zum Beispiel in Form einer intensivierte Start-up-Förderung. Sorgen wir für einen schnelleren und effizienteren Breitbandausbau und die Erneuerung maroder Verkehrsnetze. Reißen Sie bürokratische Mauern ein, treten Sie mit uns zusammen endlich der Brüsseler Regulierungswut entgegen, und vor allem helfen Sie mit, wieder mehr Bürger für das freie Unternehmertum zu begeistern.

Geschätzte Kollegen, ich komme zum Schluss. Ja, Bayern geht es gut, und vielleicht ist Bayern wirklich die Vorstufe zum Paradies. Aber damit das auch so bleibt, bedarf es jetzt eines entschiedenen Handelns. Lassen wir das Kind "Bayerische Wirtschaft" doch gar nicht erst in den Brunnen fallen, aus dem wir es dann wieder herausziehen müssen. Vor allem, Kollegen auf der linken Seite des Saals, schubsen Sie es doch bitte wenigstens nicht absichtlich dort hinein. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die SPD-Fraktion spricht als nächste Rednerin Frau Annette Karl.

**Annette Karl (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben es bereits gehört: Die Konjunkturaussichten trüben sich ein, wir erleben weltweit einen Abschwung. In Deutschland schwächelt vor allem das produzierende Gewerbe. Durch eine starke Inlandsnachfrage ist die Lage allerdings stabil, und wir sind weit entfernt von einer Rezession.

In Deutschland laufen zwei Entwicklungen nebeneinanderher und verstärken sich leider gegenseitig: Das ist zum einen der Abschwung, der nach einem langen Aufschwung auch zu erwarten war. Die Märkte sind gesättigt, die Löhne gestiegen und der Facharbeitermangel schlägt zu. Zum anderen haben wir aber auch einen massiven Strukturwandel in unserer Leitindustrie, der Automobilindustrie; und die Probleme dort sind durch starke Fehlentscheidungen der Verantwortlichen auch noch verstärkt worden.

Was kann nun der Staat tun, was kann der Freistaat tun? – Zunächst einmal ist anzumerken: Wir leben in einer Marktwirtschaft, das heißt, die Devise, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, kann nicht unsere Marschroute sein. Der Staat hat ein Interesse daran, dass Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze behalten bzw. adäquate neue finden und ihren Lebensstandard halten können. Dies hat nicht nur sozialpoliti-

sche Aspekte, sondern der Staat spart sich dadurch möglicherweise auch massive Transferleistungen.

Was also kann der Staat tun, um die Rahmenbedingungen zu verbessern? – Im Bereich der Unternehmen geht es zunächst einmal immer um das Thema Unternehmensteuern. Man muss wissen: Deutschland hatte mit seinen gut 30 % Unternehmensteuern bis vor Kurzem noch die zweitniedrigste Unternehmensteuern weltweit. Ohne dass Deutschland etwas verändert hat, stehen wir jetzt an zweithöchster Stelle. Woran liegt das? – Alle Staaten, angeführt von den USA, sind in einen Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Unternehmensteuern getreten. Nun kann man natürlich sagen: Ja, wir gehen auch ganz weit herunter, und dann ist alles wieder gut. Ich denke, dies wäre viel zu einfach; denn was würde das bedeuten? – Es würde nur die nächste Runde eines Unterbietungswettbewerbs einläuten, und irgendwann hat der Staat nicht mehr das Geld, die nötige Infrastruktur, die auch Unternehmen brauchen, zur Verfügung zu stellen, weil das Geld fehlt.

(Alexander König (CSU): Wir wollen keinen Unterbietungswettbewerb, nur gleiche Voraussetzungen!)

Deshalb geht es um eine vernünftige Unternehmensteuerreform, aber nicht um kurzfristige, banale Lösungen. Schauen wir uns Großbritannien an: Dort liegen die Unternehmensteuern bei zwanzig Prozent. Wäre dies das Allheilmittel, würde es dort nicht so schlecht gehen. Auch in den USA hat die Steuersenkung nur dazu geführt, dass das Defizit im Staatshaushalt Höhen erreicht hat, die nicht mehr zu händeln sind.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zum Thema Energie. Hier sind die hohen Preise und die mangelnde Versorgungssicherheit entscheidende Punkte, bei denen wir handeln müssen. Ich denke, dass in Bayern auch noch deutlich Luft nach oben ist. Ich sage klipp und klar: Die erratische Politik unseres Wirtschaftsministers muss dringend zu einem Ende kommen.

(Beifall bei der SPD)

In Berlin, im Bundesrat, ist er für Stromtrassen, in Bayern eher dagegen. Mal sind Gaskraftwerke die Lösung aller Probleme, mal BHKWs auf jedem Bauernhof, mal Stromimporte aus Frankreich und dem Osten, also Kohle und Atom, wie letztthin im Wirtschaftsausschuss von ihm vorgeschlagen – all das ist das Gegenteil von Planungssicherheit. Wir brauchen schnellstmöglich ein neues Energiekonzept, in dem klargestellt wird: Was sind die Bedarfe, auch für die Industrie und die Bürger, und wie setzen wir dies zu verträglichen Preisen und aus sicheren Quellen um? – Das ist das Gegenteil von Populismus, das ist aktives politisches Handeln.

(Beifall bei der SPD)

In der Innovationspolitik hat Bayern einen guten Aufschlag gemacht. Hierbei müssen die anderen Bundesländer nachziehen, und dabei darf im Bund auch die Schwarze Null nicht sakrosankt sein, wenn es um Zukunftsinvestitionen geht. Digitalisierung muss vorangetrieben werden; hierbei ist noch viel zu tun im Bereich der Infrastruktur, aber auch im Bereich von Anwendungs- und Expertenwissen.

Kommen wir nun noch kurz zu den Arbeitnehmern: Wie mache ich Arbeitnehmer fit für den Strukturwandel? Hierzu hat der Bundeswirtschaftsminister schon 2009 gezeigt, dass bei der SPD die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in guten Händen sind. Hubertus Heil ist nicht nur wie der bayerische Wirtschaftsminister dabei, den Instrumentenkasten zu füllen, sondern er hat ihn bereits gefüllt: mit einem Perspektivfördergeld, mit Verbesserungen beim Transferarbeitslosengeld und vielen anderen Punkten mehr. Ich denke, wir handeln gemeinsam, und wir werden auch diese Krise, die noch gar keine ist, sondern nur droht, meistern.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Holetschek.

**Klaus Holetschek (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute über die Wirtschaft sprechen. Noch besser ist es, wenn wir – wie die Staatsregierung – etwas für die Wirtschaft tun.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von der FDP, Sie haben das Thema Bürokratie angesprochen. Da möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie in diesem Haus auch einmal einen Wirtschaftsminister gestellt haben, den Herrn Zeil. Zu dieser Zeit war ich noch Bürgermeister einer Stadt, und es gab das erste Breitbandförderprogramm. Ich sage Ihnen: Das war ein Monster an Bürokratie, das nicht zu überbieten war.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das hätte der Markt regeln sollen, hat er gesagt!)

Also, erst einmal in den eigenen Reihen schauen, und dann erst mit Steinen werfen, meine Damen und Herren. Ich habe heute auch gelernt, Frau Schulze – der Ansatz war wirklich gut –, dass wir keine Rezession haben. Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Hohen Hause darüber einig sind und dies auch so miteinander nach außen tragen. Ich habe auch gelernt, dass Sie bei den Themen der Zukunft technologieoffen sind; das war mir bis jetzt neu. Ich hoffe, dass Sie auch in Zukunft für den Industriestrompreis sind. Daran hängen einige Themen, die wir möglicherweise brauchen, um die Wirtschaft wieder zu beleben und nach vorn zu bringen. Das wollen wir. Wir wollen keine einseitige Ökologie, sondern eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Das brauchen wir: eine Verbindung zwischen beiden Elementen, aber keine Radikalität auf der einen Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wissen, dass wir vor Herausforderungen stehen, was das Klima betrifft. Ihnen müssen wir uns stellen, und das werden wir auch tun. Wir wissen, dass es Herausforderungen im Bereich Flächenverbrauch gibt. Auch dort werden wir handeln und ge-

stalten – nicht mit Verboten, sondern mit sinnvollen Maßnahmen. Das ist unser Ziel. Aber wir wissen auch, dass wir Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen müssen, die sie zukunftsfähig machen.

Wenn wir von Wirtschaft sprechen, dann sprechen wir vom Mittelstand, meine Damen und Herren. Wir sprechen auch von familiengeführten Unternehmen; das dürfen wir nie vergessen, und das habe ich in dieser Debatte noch nicht so vernommen. Der Mittelstand trägt unseren Freistaat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmer, die das Unternehmen in den Familien von Generation zu Generation weiterreichen, brauchen unsere Unterstützung, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Ja, genau!)

Deshalb ist es immens wichtig, dass wir die Hightech-Offensive auf den Weg gebracht haben. Der Ministerpräsident setzt damit ein Zeichen weit über den Freistaat hinaus. Deutschland wird es in dieser Dimension nicht schaffen, die einzelnen Bundesländer werden es ebenfalls nicht schaffen. Wir schaffen Rahmenbedingungen für die Zukunft: Wir wollen Innovation ankurbeln, dem Mittelstand mit einem großen Programm – 400 Millionen Euro in drei starken Fonds – etwas an die Hand geben, damit er sich weiterentwickeln kann. Mit dem Digitalfonds in Höhe von 230 Millionen Euro wird Unternehmern die Chance gegeben, dass sie auch weiterhin in die Digitalisierung investieren. Mit dem Start-up-Fonds in Höhe von 50 Millionen Euro unterstützen wir die zweite Finanzierungsphase, und auch der Automobilfonds mit 120 Millionen Euro ist immens wichtig.

Wir befinden uns in einem Transformationsprozess, und ich bin Thomas Kreuzer sehr dankbar, der gestern in Roding war, dass er sich dort noch einmal eindeutig zum Thema Transformation positioniert hat. Natürlich wollen wir den Arbeitnehmern helfen, und natürlich wollen wir diese Prozesse mitsteuern, und wir brauchen die Unterstützung. Wir wollen aber auch Automobilland bleiben, und ein Teil der Wahrheit ist, dass

wir diese Industrie in den letzten Monaten und Jahren immer schlechtgeredet und in die Tonne getreten haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Dies gehört ebenfalls dazu. Kein anderes Land hat es so gemacht wie wir, hat gegen seine Leitindustrie Flagge gezeigt und Front gemacht, wie wir es getan haben. Man muss damit etwas vorsichtiger umgehen. Dies bedeutet ja nicht, dass wir nicht etwas tun müssten. Das entbindet uns nicht von den Handlungsstrukturen. Aber wir müssen aufpassen: Wirtschaft hat auch etwas mit Psychologie zu tun. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur einseitig von Rezessionen, Abschwüngen oder einem Abwärtsog sprechen, sondern dass wir feststellen: Bayern ist ein Stabilitätsfaktor in Deutschland und in Europa.

Ich bin dankbar, dass der Wirtschaftsminister in China ist, dass er in Russland ist und dass er uns im Ausschuss seine Industriestrategie vorgestellt hat; denn dieses Thema ist für uns wichtig. Das wichtigste Thema wird die Energie sein. Sie muss bezahlbar, sicher und natürlich auch klimafreundlich sein. Das sind die Herausforderungen. Wir brauchen einen Industriestrompreis, sonst werden die Unternehmer nicht wettbewerbsfähig sein. In Österreich und Tschechien sind unsere Wettbewerber. Deswegen müssen wir den Unternehmern sagen: Bleibt hier! Wir tun alles, damit die Energie bezahlbar bleibt, dass sie sicher und klimafreundlich ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Unternehmer und der Mittelstand können sich auf uns verlassen. Wir wollen, dass die Wirtschaft weiter floriert; denn ohne Wirtschaft können wir uns keinen Sozialstaat leisten. Das müssen wir immer bedenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)



**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Kollegin Eva Lettenbauer.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Monaten eingetrübt, und sie wird sich aller Voraussicht nach vorerst nicht zum Besseren wenden. Aber wir sollten hier ganz klar und deutlich sagen: Wir befinden uns nicht in einer Rezession. Wir haben keine Krise, weder in der Wirtschaft noch auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen keine Schwarzmalerei, sondern ein realistisches Bild der Lage. Ja, einige sehr wichtige Sektoren der bayerischen Wirtschaft haben derzeit Probleme. Sprechen wir doch über das Meistern der Herausforderungen statt über die Mär eines Sturzes in den Abgrund. Dass sich der Arbeitsmarkt als relativ robust erweist, bestätigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit von Ende Oktober. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Bayern wächst weiter: Nach der aktuellen Hochrechnung waren im August etwa 5,69 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind etwa 91.000 Menschen oder 1,6 % mehr als im Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr sind in Bayern knapp 4.720 mehr Menschen arbeitslos gemeldet. Hier handelt es sich aber um SGB-III-Arbeitslose, deren Zahl signifikant zugenommen hat, und zwar um knapp 10.000 Personen. Das ist eine Folge der konjunkturellen Eintrübung, aber nicht mit der Krise von 2008 gleichzusetzen. Wir haben nämlich auch einen Rückgang bei denjenigen, die Grundsicherung beziehen, und zwar um knapp 5.300 Personen. Die Lage ist also sehr gemischt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was können wir nun für die bayerische Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun? – Momentan schwirren sehr viele Ideen

durch den Raum. Ich bin mir sicher, dass die Senkung der Unternehmenssteuern der falsche Weg ist. Das Beispiel der USA hat doch gezeigt, dass es hier oft Mitnahmeeffekte gibt und nicht allzu viel in die Unternehmen zurückinvestiert wird. Auch die alleinige Ausweitung des Kurzarbeitergeldes in seiner jetzigen Form ist langfristig nicht zielführend. Wir können Wirtschaftspolitik nicht nur zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreiben.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass wir für Unternehmen wirksame Anreize brauchen. Dazu gehören Investitionen in die eigene Belegschaft. Wir müssen die derzeitige konjunkturelle Delle als Chance sehen, um die strukturellen Probleme in manchen Industriezweigen anzugehen. Ja, einige Unternehmen haben den Wandel schlicht verschlafen. Deshalb brauchen wir jetzt spezifische Programme, um gemeinsam in die Zukunft zu sehen. Das hilft sowohl den Unternehmen, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, als auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE setzen uns deshalb für die Einführung eines Qualifizierungskurzarbeitergeldes ein. Unternehmen sollen Unterstützung für die Weiterqualifizierung ihrer Belegschaft erhalten. Wenn wir auf die Qualifizierung der Menschen setzen, dann können sie nach betrieblichen Transformationsprozessen weiter im Betrieb beschäftigt bleiben und die Unternehmen entwickeln sich zukunftsorientiert. Dabei möchten wir natürlich die verschiedenen Betriebsparteien einbinden; denn diese wissen am besten, was an Weiterbildung in Unternehmen benötigt wird. Dieses Instrument wäre ein sehr wichtiger Baustein, um für die Unternehmen in Bayern langfristigen Erfolg zu gewährleisten und damit gleichzeitig Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Wir brauchen also mehr Investitionen der öffentlichen Hand und der Unternehmen. In dieser Zeit ist keine Investition besser als die in die eigene Belegschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird umso wichtiger, je mehr der demografische und der digitale Wandel durchschlagen.

Erstens. Wir brauchen gut qualifizierte Arbeitskräfte. Dafür benötigen wir die gerade ausgeführten Weiterbildungsmöglichkeiten und einen Bildungsurlaub hier in Bayern.

Zweitens. Wir müssen endlich auch qualifizierten Frauen die Chance geben, ihr Potenzial auf dem Arbeitsmarkt zu entfalten. Wir haben hier ein riesiges, verstecktes Potenzial, das wir unbedingt nutzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens müssen wir auch auf die ausländischen Fachkräfte setzen. Sie helfen uns, in bestimmten Sektoren den Fachkräftemangel anzugehen und neue Ressourcen für die Unternehmen zu erschließen. Lassen Sie uns also die wirtschaftliche Stärke Bayerns gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und besonders mit den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort erhalten. Das gelingt uns mit dem Fokus auf Weiterbildung und Innovation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht Herr Kollege Dr. Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, insbesondere diejenigen von der FDP! Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Martin, mit Blick auf deine Äußerungen in den Medien der letzten Tage, den Titel der heutigen Aktuellen Stunde und auf deinen heutigen Wortbeitrag komme ich trotz der persönlichen Wertschätzung, die uns beide verbindet, nicht umhin, zu testieren, dass sich die FDP in diesen Tagen sowohl im Stil als auch im Inhalt in ihrer Rolle als die selbsternannte Wirtschaftspartei in Bayern nachdrücklich disqualifiziert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Martin, zunächst zum Stil dieses Aiwanger-Bashings, das in den letzten Tagen aufgesetzt worden ist. Wenn mit dem bayerischen Wirtschaftsminister ein argumentativer Austausch stattfinden soll, dann sind wir und ist der bayerische Wirtschaftsminister dafür offen. Dann gehört es aber auch dazu, dass dieser Austausch Face to Face erfolgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Thema, das wir heute auf Vorschlag der FDP-Fraktion diskutieren, war letzte Woche genauso aktuell, wie es das nächste Woche sein wird. Abzuwarten, bis der bayerische Wirtschaftsminister in unser aller Namen in China ist, um dann hier in München die Backen aufzublasen und den Zwergenaufstand zu proben, ist schäbig und schlechter politischer Stil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Euer Chef ist da nicht so! Er kann austeilen, aber auch einstecken!)

Aber keine Sorge, lieber Martin, wir brauchen den Wirtschaftsminister gar nicht, um das, was hier dargeboten wurde, zu kontern. Da genügt schon der Parlamentarische Geschäftsführer. Ich bleibe beim Stil: In der "Augsburger Allgemeinen" war heute zu lesen, dass eine Fehlbesetzung an der Spitze des Wirtschaftsministeriums Teil von Bayerns Staatsregierung sei. Heute ist es schon in vielen Wortbeiträgen angeklungen: Wenn es jemals in dieser Position eine Fehlbesetzung gab, dann kam die ganz sicher nicht aus unserer, sondern aus deiner Partei, lieber Martin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Bayern war 2013 so stark wie nie!)

Herr Kollege Holetschek hat schon bewertet, wie die Dinge damals lagen. Wir alle wissen, wie die Wählerinnen und Wähler die damalige Arbeit bewertet haben, als die FDP Spitzenverantwortung für Bayerns Wirtschaft hatte. Ich will das mit einem weiteren Gewährsmann garnieren, den ich mit einem Satz aus dem Jahr 2013 zitiere: Wenn die

bayerischen Unternehmen so träge und planlos wären wie der Wirtschaftsminister, hätten wir richtige Probleme. Er hat den Auftrag der Zukunftsplanung für Bayern schlicht nicht verstanden. – Das stammt nicht von den FREIEN WÄHLERN, sondern von Herrn Kollegen Muthmann, der sich freuen wird, das zu hören. Ich kann sagen: An der Seite der CSU sind auch wir froh, dass nicht mehr die FDP, sondern die FREIEN WÄHLER den Wirtschaftsminister stellen, Herr Kollege Hagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich komme zum Inhalt: Lieber Martin, im "Münchner Merkur" war zu lesen, du hältst den Wirtschaftsminister für eine Gefahr für Bayerns Wohlstand. Das Einzige, was die FDP dann anzubieten hatte, waren zwei Vorschläge: Wir privatisieren den Münchner Flughafen, und wir privatisieren die Bayerische Landesbank, das Rückgrat unserer Kommunen und unserer bayerischen Sparkassen. Wenn das der Beitrag der FDP zu bayerischer Wirtschaftspolitik ist, dann ist die FDP die Gefahr für den Wohlstand in Bayern und nicht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kollege Hagen, lieber Martin, am meisten aber ärgert mich das Wording "Abwärtssog" in der Überschrift.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Gegenrufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) und Alexander König (CSU))

Ich halte es für unverantwortlich, in einem Land, das bei der Arbeitslosenquote und beim Wachstumsfaktor in Deutschland und in Europa führend ist und das auch für das nächste Jahr eine positive Konjunkturprognose aufweist, als verantwortlicher Politiker, als Vorsitzender einer Landtagsfraktion, von einem "Abwärtssog" zu sprechen. Das ist wirtschaftspolitische Brandstiftung aus parteipolitischen Motiven, auf dem Rücken unseres Standortes, auf dem Rücken der bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Das akzeptieren wir nicht, Kollege Hagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Was dahintersteht, Kollege Hagen, ist klar: Sie versuchen, eine gewisse Klientel – es sind nur knapp 5, oft auch nur 4,9 % – zu bedienen, der Sie glauben machen wollen, ein Wirtschaftsminister im Trachtenjanker wäre von Haus aus inkompetent und ein Minister in einem Maßanzug wäre von Haus aus ein guter Wirtschaftsminister. Das ist aber nicht der Fall. Sie laufen Gefahr, mit Wordings wie "Abwärtssog" eine Rezession herbeizureden. Sie sagen das nicht als JuLi in der Garage eines Start-ups, sondern Sie sagen das als Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Das wirkt sich auf die Bereitschaft der Unternehmen aus, in den Standort Bayern zu investieren; das wirkt sich auf die Innovationsbereitschaft unserer Unternehmen aus. Das ist damit untragbar und deshalb zurückzuweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): Machen Sie das mit der bayerischen IHK aus!)

Kollege Hagen, Sie hätten die Dinge, die tatsächlich die bayerische Wirtschaft bedrohen – den Handelskrieg zwischen China und den USA, den Brexit –, mit beeinflussen können, wenn Sie den Wirtschaftsminister in Berlin gestellt hätten. Sie sind in Berlin davongelaufen und proben in Bayern den Zwergenaufstand. Das kann jeder bewerten, der uns heute zuhört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir jedenfalls – so kann man es zusammenfassen – haben unsere Hausaufgaben gemacht. Hubert Aiwanger hat die Hausaufgaben gemacht. Vieles ist angeklungen: Wasserstoff-Offensive, Carbon-Offensive, Hightech-Offensive. All dies spricht dafür, dass wir erkannt haben, was Bayerns Wirtschaft braucht. Mir ist ein Wirtschaftsminister – –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Mir ist ein Wirtschaftsminister, der nicht nur Großkonzerne im Blick hat wie die FDP, sondern zusätzlich auch den bayerischen Mittelstand, einer, der im Trachtenjanker die Menschen in Bayern erreicht und nicht im Maßanzug Champagner schlürfend unsere Wirtschaft den Bach hinuntergehen lässt, deutlich lieber als jeder andere.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Schließen auch Sie sich diesem Votum an, und hören Sie auf, die bayerische Wirtschaft kaputtzureden.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

(Der Redner begibt sich im Trachtenjanker zum Rednerpult – Zurufe: Trachtenjanker!)

**Albert Duin (FDP):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mehring, lieber Fabian, bei aller Wertschätzung, die ich für dich habe: War das jetzt ein reines Bashing gegenüber der FDP, die nur Inhalte gebracht hat, die die ganze Zeit in der Presse und in Studien der IHK standen? – Dieser "Abwärtssog" ist nicht von uns erfunden, sondern kommt von der IHK.

(Beifall bei der FDP)

Und, Kollege Mehring, ich bin der Mittelstand, über den ihr alle redet. Ich komme mit-  
ten aus dem Mittelstand.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann ist die Frage, warum du bei der FDP bist!)

Dann könnt ihr euch schon ein bisschen auf das verlassen, was ich jeden Tag erlebe.

Du hast zum Beispiel auch über Martin Zeil gesprochen. Tatsächlich waren wir 2008, als der Martin Zeil Wirtschaftsminister wurde, in einer Wirtschaftskrise. 2013 war er nicht mehr da.

(Zuruf)

– Abgewählt, du hast vollkommen recht; es gibt sicherlich auch Fehler, die dazu geführt haben. – Aber da war auf einmal die Wirtschaft in einem Bombenzustand.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Jetzt hören wir doch mal auf mit dem Bashing! Es geht doch darum, dass wir versuchen, gemeinsam Bayern vorwärtszubringen.

Wir müssen über die Frage reden: Wo hakt es? Wir müssen über Infrastruktur reden, die auf alle Fälle kommen muss. Dazu gehören für mich vier Punkte.

Das ist die Schiene; sie ist eine Bundessache, trotzdem müssen wir uns in Bayern darum kümmern, damit im Bund etwas vorwärtsgeht.

Wir brauchen Straßenausbau, auch wenn er von einigen Kollegen hier im Saal nicht gewünscht ist – das trifft nicht auf dich zu.

Wir brauchen auf alle Fälle Netze, sowohl Mobilnetze wie auch Glasfaser. Leute, das sind in Zukunft die Pulsadern dieser Nation! Wir hängen doch hinterher! Was wir machen, ist Flickschusterei. Was habe ich gehört? – Die Telekom erwartet Meldungen über weiße Flecken. Daraufhin melden sich Gebiete. Dann behauptet die Telekom: Wieso? – EDGE hat doch zwei Striche in dem Gebiet, das ist doch Versorgung. – Leute, das ist doch ein Witz. Da kann ich doch nicht arbeiten. Da müssen wir unbedingt etwas machen.



Dazu kommt noch mein Thema – ich war schon immer dafür –: Flughafenausbau, dritte Startbahn. Wir brauchen die dritte Startbahn. Sie wird irgendwann kommen. Dafür können nicht einmal wir etwas, auch ihr nicht. Sie wird irgendwann mal kommen. Ir-  
gendwann wird sie kommen.

(Beifall bei der FDP – Katharina Schulze (GRÜNE): Dann machen wir halt noch mal einen Bürgerentscheid!)

– Du fliegst doch gerne, sei doch froh, wenn du sie kriegst.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Reden wir über Energie. Setzen wir bei der Energieversorgung auf die Hoffnung, es wird schon gut gehen? – Das kann doch wohl nicht wahr sein. Wo ist die sichere Energieversorgung, die wir für die Zukunft unbedingt brauchen? – Unsere Wirtschaft hängt daran.

Dann heißt es: Wir bauen jetzt unseren Automobilstandort um, und wir bauen jetzt E-Autos. Es gibt vom Bund auch noch einen Haufen Geld obendrauf, damit man diese Kisten kauft. Drei Milliarden sollen das werden! 6.000 Euro! Und die Autos, die wir dann kaufen, kommen nicht unbedingt der deutschen Automobilindustrie zugute. Die günstigen Autos, E-Mobile, kommen aus Frankreich oder sonst wo her. Und wir wollen unsere Automobilindustrie dazu verpflichten, E-Mobile zu bauen? Ein Zuschuss von 6.000 Euro bei einem Auto, das 35.000 Euro kostet? – Das kann sich der kleine Mann sowieso nicht leisten. Der braucht ein Haus, damit er es mit einer Steckdose vor der Tür laden kann. Er braucht eine Photovoltaikanlage auf dem Dach, damit er es laden kann. Was ist mit all den Menschen, die in Wohnungen wohnen und auf der Straße parken müssen, weil sie keine Garage haben? Wie sollen die ihre Autos laden? – Das ist doch lächerlich.

Dann kommen wir zum Mittelstand, zum Handwerk. Wir merken jetzt schon, dass aufgrund der Ankündigung, dass eventuell Ölheizungen nicht mehr gut sind, es bei den Kunden zu einer Verunsicherung kommt und sie schon bei den Handwerkern stornieren oder zurückstellen. Leute, das kann doch nicht wahr sein! Wollen wir das wirklich?  
– Immer dieses Dreschen auf den Mittelstand.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Natürlich wollen wir, dass keine Ölheizungen mehr gekauft werden!)

– Wir wollen aber schon, dass Ölheizungen noch erlaubt sind. Es gibt Gebiete, in denen kein Gas vorhanden ist. Wenn man in München lebt, kann man locker darüber hinwegsehen. Das ist aber auf dem Land nicht so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir reden über Abfallentsorgung. Wir haben ein Riesenproblem mit dem Abfall.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Bitte? – Ach so, Entschuldigung. Auf der linken Seite kommt dann wieder für die Zukunft: Mindestlohn. Das muss ich noch loswerden. Das ist ja auch so ein Spezialthema von mir. Wenn der Mindestlohn von 9,35 Euro auf 12 Euro erhöht wird, bedeutet das: Bei 170 Stunden im Monat steigen die Steuern von 92 Euro auf 188 Euro. Für zwei Euro mehr in der Stunde! Ihr seid ja nicht ganz durch, ganz ehrlich.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

**Albert Duin (FDP):** Wir müssen auf alle Fälle an die Unternehmenssteuern. Wir müssen vor allem aber auch an die Einkommensteuer. Wir müssen die Progression wegkriegen. Wir müssen sie senken. Wir müssen die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsabgaben senken, auf ein normales Niveau.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Packen wir's an!

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel von der CSU-Fraktion.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Emotionen versuche ich, etwas sachlicher zu werden. Gleichwohl möchte ich für Sie kritisch einige Themen beleuchten. Vor allem möchte ich voranstellen: Geben Sie doch unseren Unternehmen, vor allem den KMUs, unseren Mittelständlern, das Vertrauen. Geben Sie es auch den Arbeitnehmern. Das habe ich bei keiner der Reden heute gehört.

Was meine ich damit? – Das sind die Leute, die die Leistungsträger sind. Das sind die Leute, die wissen, wie man Firmen führt. Und die Arbeitnehmer sind die Leute, die wissen, wie man sich in den Firmen einbringt und dort Leistung zeigt. Da geht es um die Arbeitsstättenverordnung; da geht es um die Arbeitszeitregelung. In Berlin wird vieles zu regeln versucht; aber das geht oft am Thema vorbei. Wenn wir draußen sind, hören wir die Unternehmer klagen: Wir sind hier so eingeeengt, dass wir nicht unsere Leistung erbringen können. – Ich zeige das an einem Beispiel: Wenn ein Mitarbeiter einer Zimmerei zu Ihnen kommt und das Dach repariert, dann soll er nach der Arbeitszeitregelung nach zehn Stunden mit der Arbeit aufhören. Wenn dann das Dach noch offen ist und ein Gewitter bevorsteht, dann sagen Sie selber: Ja, mach doch bitte weiter. – So gehört sich das auch für andere Gewerke. Daran müssen wir arbeiten, und dabei müssen wir einen anderen Weg einschlagen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Thema ist die Datenschutz-Grundverordnung. Hier nehme ich auch selbstkritisch auf: Wenn Brüssel eine Auflage vorgibt, die gilt, wenn mindestens fünfzig Mitarbeiter stetig mit personifizierten Daten zu tun haben, und Deutschland daraus zehn Personen macht, ist klar, dass das die kleinen Unternehmer belastet. Wenn von Brüssel etwas kommt, müssen wir nicht immer noch einen drauflegen. Stattdessen

müssen wir einen Gleichklang mit den anderen Nationen pflegen. Ich denke, das ist ganz wichtig. Dort müssen wir viel mehr hinschauen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Thema – jetzt komme ich in die Niederungen – ist der Brandschutz. Dieses Thema beschäftigt mich täglich. Täglich kommen Petenten, die Probleme äußern. Auf diesem Weg möchte ich Sie alle, auch die Opposition, mitnehmen. Bringen Sie nicht immer weitere Forderungen ein, was wir noch regeln sollen. Wir müssen unseren Behörden die Angst davor nehmen, Fehler zu machen. Ich sage Ihnen auch: Hören Sie mit der Null-Toleranz-Grenze auf. Wer glaubt, dass wir alles regeln können und nichts mehr passiert, ist auf dem falschen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zusammen mit den Ministerien und Behörden – die Kreisbehörden beziehe ich ein – müssen wir versuchen, die Angst zu nehmen. Wenn Entscheidungen getroffen worden sind, muss die Politik auch dahinterstehen. Wir sollten nicht sofort die Hand heben und einen Schuldigen suchen, wenn etwas passiert ist. Ich sage: An dieser Stelle muss mit Maß und Ziel gearbeitet werden.

Jetzt mache ich einen Sprung nach Berlin zur Deutschen Industrie Norm. Wir sind dabei und haben aus Bayern auch etwas angeschoben. Es kann nicht sein, dass aus wirtschaftlichen Interessen Normierungen vorgenommen werden, die später unsere Unternehmer draußen unnötig belasten. Wir versuchen, das aus Bayern in den Griff zu bekommen.

Ein wichtiges Thema – das fällt mir immer wieder auf – sind die Infrastrukturmaßnahmen. Alle Vorredner haben darüber gesprochen, wie wichtig sie sind. Dann müssen Sie sich jedoch an die eigene Nase fassen. Frau Schulze, Sie haben das Bürgerbegehren angesprochen. Es geht gar nicht um den Flughafenausbau, sondern um Stromleitungen, den Breitbandausbau sowie Maßnahmen auf der Straße und der

Schiene. Es wird politisch befeuert, wogegen man sein und wogegen man Klage einreichen muss. Wie sollen wir diesen Wohlstand aufrechterhalten, wenn wir die Infrastruktur für unsere Firmen nicht nachhaltig vorhalten können? – Die Firmen müssen sich darauf verlassen können. Wir, die CSU, werben dafür, dass sie sich darauf verlassen können. Wir werden weiterhin für Infrastrukturmaßnahmen kämpfen und versuchen, das Ruder in die andere Richtung zu reißen.

Ich persönlich sage auch: Wir brauchen Stromtrassen. Diese sind ganz wichtig. Wir brauchen eine sichere Stromversorgung im Freistaat Bayern. Sie sprechen immer von regenerativen Energien. Strom aus Windkraft und Photovoltaik ist Zufallsstrom. Das ist Strom, der zufällig da ist, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht, aber nicht dauerhaft.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir unseren Unternehmen Sicherheit geben. Sie sollen wissen, was wir tun. Deshalb machen wir uns weiterhin auf den Weg. Unterstützen wir die Staatsregierung, dann werden wir auch weiterhin ein stabiles Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Stephanie Schuhknecht (GRÜNE):** Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die FDP-Fraktion unter die Konjunkturpessimisten gegangen ist, finde ich doch ziemlich erstaunlich. Auch wenn das Wording "Bayerns Wirtschaft im Abwärts-sog" nur übernommen ist – das haben wir schon gehört –, machen Sie sich dieses auch zu eigen. Es klingt fast so, als stünde die bayerische Wirtschaft knapp vor der Klippe und würde übermorgen ins Nichts springen. Verstehen Sie mich nicht falsch; ich will die aktuelle Wirtschaftslage nicht schönreden. Im Gegensatz zu Ihnen will ich jedoch die Rezession nicht herbeireden und Untergangsstimmung verbreiten. Von

einer wirtschaftsliberalen Partei würde ich mir deutlich mehr Optimismus, Zukunftsgewandtheit und weniger Besitzstandswahrung erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unseren Wohlstand sichern wir nur, wenn wir die veränderten Rahmenbedingungen als Chance begreifen und mit kluger Politik neue Arbeitsplätze schaffen, statt nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze am Leben zu erhalten. Nicht umsonst spricht der Ökonom Schumpeter von der kreativen Zerstörung oder – moderner formuliert – von der disruptiven Innovation. Ja, wir sind Industriestandort. Ja, unser Wohlstand hängt auch an einer gut laufenden Industrie. Aber die größten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Bayern sind immer noch die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Große Industriebetriebe sind aufgrund ihrer hierarchischen Apparate oft schwerfälliger. Der Mittelstand, das Handwerk und vor allem Start-ups sind hoch innovations- und anpassungsfähig. Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, dürfen wir eben nicht darauf warten, dass die DAX-Unternehmen mit gutem Zureden und völlig freiwillig auf nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften umstellen. Ich denke beispielsweise an die Themen Flächensparen oder die CO<sub>2</sub>-Reduktion. Das sind zwei völlig unstrittige Ziele der Politik, die bisher jedoch nicht bereit ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine messbare Lenkungswirkung entsteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Technische Innovationen, die gerade die FDP für die einzig sinnvolle Lösung für ziemlich alles hält, liegen bei der Wissenschaft und bei innovativen Start-ups oft schon in der Schublade. Bis auf ein paar idealistische Pionierunternehmen, die sich daran abarbeiten, kommen diese Lösungen nicht in die Breite. Warum? – Ein Beispiel: Vor Kurzem besuchte ich ein Projekt, das an synthetischen Kraftstoffen auf Eigenbasis forscht, um zum Beispiel Flugkerosin zu ersetzen. Grundsätzlich ist es eine geniale Idee, den Flugverkehr auf der Basis eines nachwachsenden und CO<sub>2</sub>-bindenden Rohstoffs bilanziert klimaneutral zu machen. Technisch ist das bereits machbar und ska-

lierbar. Jetzt kommt das große Aber. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist es jedoch schlicht nicht konkurrenzfähig, da es um ein Vielfaches teurer ist als normales Kerosin. Ist es nicht reichlich absurd, dass wir Fliegen mit einer Innovation aus Bayern nahezu klimaneutral machen könnten, aber nicht in der Lage sind, Kerosin so zu besteuern, dass sich diese Innovation auf dem Markt auch durchsetzen kann?

Ein anderes Beispiel wäre ebenfalls ein Start-up aus Bayern, das eine Lösung für die Speicherung und den Transport von Wasserstoff entwickelt hat. Mit dieser Lösung wird Wasserstoff in einem Öl gespeichert, das ungiftig, schwer entflammbar und flüssig ist. Dadurch könnte Wasserstoff überall durch bestehende Versorgungsstrukturen verfügbar sein. Auch hier besteht dasselbe Schema. Die Produktionskosten liegen weit über den Kosten für konventionellen Kraftstoff. Darüber hinaus ist die Automobilindustrie mit der E-Mobilität beschäftigt und könnte kurzfristig gar keine Brennstoffzellenfahrzeuge liefern.

Im Bereich KI und digitale Innovationen gibt es gute Beispiele aus Bayern, die trotz eines unbestritten hohen Nutzens immer noch nicht flächendeckend zum Einsatz kommen. Ein Münchner Start-up hat eine KI-basierte Transportoptimierung entwickelt, die letztendlich unseren innerstädtischen Lieferverkehr revolutionieren könnte. Das Stichwort ist Smart City. Wenn aber politisch – ich wiederhole mich – die Rahmenbedingungen nicht stimmen, um den Lieferverkehr zu reduzieren, dann können sich selbst die besten Lösungen nicht durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind ganz besonders auf Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Der aktuelle "Startup Monitor" hat gerade wieder bestätigt, dass es Social Entrepreneurs und Green IT Start-ups sind, die wir für den dringenden Umbau der Wirtschaft brauchen. Sie erhalten jedoch immer noch nicht die notwendige Unterstützung. Zwar könnte ein Start-up-Fonds unterstützen, aber nur, wenn er für alle offen ist und nicht nur die großen Zwanzig zum Zug kommen. Es braucht mehr gesamtgesellschaftliche Wert-

schätzung für das Unternehmertum. Wir sollten dort, wo es möglich ist, Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen und die Finanzierungsbedingungen verbessern. Das sind die Themen, die mir Gründerinnen und Gründer immer wieder mitgeben.

Bayern ist Automobilland. Die Abhängigkeiten sind groß. Das haben wir heute schon oft gehört. Ich will, dass Bayern unter anderem der Standort für nachhaltige Mobilität wird. Das können wir als Politik unterstützen – gemeinsam mit unserer Gründerszene – für eine zukunftsfähige Wirtschaft und gute und innovative Arbeitsplätze auch in Zukunft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, verehrte Zuschauer auf der Tribüne! Die FDP steht mit dieser Themenwahl in Treue fest zu ihrer Lobby in Handel und Industrie. Ich würde mir wünschen: Wenn Sie wirklich so nah beim Bürger wären, dann müssten Sie sich nicht mit dem Ausdruck "Abwärtssog" zum Master eines sogenannten Klimadesasters in der Wirtschaft machen, wo doch nur die Wirtschaft selber lediglich von einem Stimmungsknick spricht, Herr Hagen. Ob Sie richtigliegen, werden wir im Laufe der nächsten Zeit herausfinden.

Was sind eigentlich die Gründe für den Abwärtssog? – Sie liegen in den Handelskonflikten weltweit zwischen China, den USA und Europa, im unklaren Brexit-Szenario, den unklaren Verhältnissen in Europa und dem weltweit abflauenden Wirtschaftswachstum. Das trifft auch Bayern, weil wir ein Exportland sind. Die fundamentalen Wandlungen in der Automobilindustrie zeigen uns diesen Klimaknick ganz deutlich auf.



Was machen die Unternehmer? – Die Unternehmer sagen: Politik, mach du etwas! Die Unternehmer wollen, dass die Steuern auf Unternehmensgewinne von 30 auf 20 % gesenkt werden. Sie wollen, dass die sehr hohe Stromsteuer gesenkt wird. Sie wollen weiterhin ein freundliches Handelsklima. Lieber Herr Hagen, der Handel ist auf der Seite der Wirtschaft. Sie bashen den Minister Aiwanger in einer fast persönlichen Abrechnung als falschen Mann am falschen Platz. Das würde ich so nicht unterschreiben wollen. Zunächst ist die Wirtschaft selbst gefordert. Die Politik ist dort gefordert, wo sie etwas tun kann. Wo kann die Politik etwas tun? – Die Politik kann beim Bürger ansetzen. Sie kann das Inlandswirtschaftsklima verbessern, indem sie die Nachfrage stärkt. Wie kann die Politik das tun? – Die Politik kann die Steuerlast, die sie auf die Schultern der Bürger gelegt hat, wegnehmen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Ich komme zum Schluss: Aiwanger ist durchaus der richtige Mann, der das Richtige fordert. Er ist einer, der nach Roding gehen und dort intervenieren kann. Heute ist er in China und interveniert dort. Das haben wir heute schon gehört. Herr Hagen, was ist los mit Ihnen? Wollen Sie mit dem Herrn streiten? – Ich will das nicht.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Ich will ihn loben. Er ist für die Wirtschaft ruppig genug, und er macht seinen Job wirklich gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Ist das eine Bewerbung für die FREIEN WÄHLER? Der klopft bald bei euch an!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Für die Staatsregierung hat nun der Staatssekretär Roland Weigert das Wort.

**Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Herr Kollege Hagen, ich schätze Sie wirklich sehr. Ich schätze auch die FDP. Ich bin in manchen Positionen durchaus marktliberal, und da decken sich unsere Ansichten auch. Sie haben Ihre Rede vorhin mit den Worten "Tempo, Tempo, Tempo" geschlossen. Wir haben gesehen, wozu das führt, nämlich zum Vergaloppieren. Die Diskussionen waren zum Teil zügellos. Was Sie im Kontext des Wirtschaftsministers geäußert haben, halte ich für ehrabschneidend. Das ist kein guter Stil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Hagen (FDP): So zimperlich war er früher in der Opposition nicht!)

– Zimmerlich? Herr Hagen, wenn Sie den Industrie- und Handelskammertag dafür brauchen, einen griffigen Titel für Ihre Aktuelle Stunde zu finden, muss man vielleicht beim Abkupfern des Themas darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen die provokante These auf dem Industrie- und Handelskammertag genutzt wurde. Sie haben das Thema einfach unreflektiert übernommen. Das ist kein guter Stil. Das zeugt nicht von Regierungsfähigkeit. Das zeugt nicht von Handlungsfähigkeit. Das zeugt von Unreflektiertheit. Das ist nicht gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, vieles ist bereits gesagt worden. Ich versuche mich wirklich kurz zu halten. Vorab und in aller Klarheit: Bayerns Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament, wegen innovativer Unternehmerinnen und Unternehmer, wegen der Exzellenzforschung, wegen leistungsbereiter und qualifizierter Arbeitnehmer, wegen engagierter Gewerkschaften und einer soliden Wirtschafts-, Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dafür stehen zuvorderst Ministerpräsident Dr. Söder, der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Aiwanger, Wissenschaftsminister Sibler und die Arbeitsministerin Schreyer.

Die Zahlen sprechen für sich. In den letzten zwanzig Jahren haben wir in der langfristigen Betrachtung beim Inlandsprodukt eine erstklassige Entwicklung hingelegt. Wir haben ein Wachstum von sage und schreibe 49 % erzielt. Damit stehen wir deutschlandweit auf Platz 1. Der deutschlandweite Durchschnitt beträgt 32,4 %. Mittelfristig haben wir in den letzten neun Jahren seit 2010 eine Zunahme von 22 % hingelegt. Ein Vergleich mit den Flächenländern zeigt Folgendes: In Niedersachsen gab es 17 % Zuwachs, in Nordrhein-Westfalen 10 %, in Baden-Württemberg 17 % und in Hessen 12 %. Im deutschlandweiten Vergleich steht Bayern mit einer Zunahme von 22 % während der letzten neun Jahre nicht schlecht, sondern sehr, sehr gut da. Das Inlandsprodukt ist eine sehr abstrakte Zahl. Viele Menschen draußen können mit der Zahl als solcher nichts anfangen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns auf die Arbeitslosenzahlen blicken, weil diese im Erleben der Menschen griffiger sind. Auch hier können wir nachweisen, dass der Wohlstand bei den Menschen draußen ankommt. Im Oktober betrug die Arbeitslosenquote – wir haben es heute gehört – 2,7 %. Das ist im Übrigen der niedrigste Wert aller Länder. Der deutschlandweite Durchschnitt liegt bei 4,8 %. Die 2,7 % sind in den letzten 15 Jahren der zweitbeste Oktoberwert. Wenn wir über die Themen Wohlstand in der Stadt und Wohlstand auf dem Land und über gleichwertige Lebensverhältnisse sprechen – darüber habe ich heute noch nichts gehört –, dann schauen wir uns die Spreizung der Arbeitslosenquote über alle Regierungsbezirke an. Wir haben eine Spreizung von weniger als einem Prozent. Wenn man diese Zahlen verschweigt, dann ist das fahrlässig. Wer diese Zahlen ignoriert, ist unredlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist bereits dargestellt worden. Zu den Themen Weltkonjunktur und Brexit brauche ich nicht mehr sprechen. Die Entwicklung ist gut, weil wir eine solide Wirtschaftspolitik haben. Wir sichern Wohlstand und Beschäftigung, während andere nur reden.

Herr Kollege Hagen, natürlich habe ich für Ihre Einlassungen Verständnis, in der Sache aber nicht, da liegt die FDP tatsächlich falsch. Gerade Forschungsinstitute rechnen für 2019 mit einem positiven Wachstum von round about 0,5 %. Für das Jahr 2020 sind wir bei 0,6 %, 1,0 % oder 1,2 %, abhängig vom jeweiligen Forschungsinstitut. Nach meinem Dafürhalten ist es fahrlässig, diesbezüglich von einem "Abwärtszog" zu sprechen.

Ich habe emotional sehr wohl Verständnis für Sie. In den vergangenen Jahren sind wir von Rekordwert zu Rekordwert marschiert. Das verursacht natürlich einen Gewöhnungseffekt. Das ist ohne Frage so. Dass bei der aktuellen Situation der eine oder andere, wie die bayerische FDP, die Nerven verliert, kann man durchaus verstehen. Sie sollten keine Angst haben. Sie sollten Mut zeigen. Meine Damen und Herren, Angst ist kein Attribut des Wirtschaftsministeriums. Das kann Ihnen im Übrigen auch der Kollege Zeil bestätigen. Das Wirtschaftsministerium mit Hubert Aiwanger an der Spitze nimmt diese Herausforderungen an. Das Wirtschaftsministerium hinterfragt kritisch, auch manches, was die Industrie forscht vorträgt. Aiwanger reflektiert und entscheidet dann beherzt. Deswegen ist Aiwanger der richtige Mann am richtigen Platz. Im Übrigen wird er für seine mittelstandsfreundliche Politik insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen hoch gelobt und sogar gefeiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wer anderes behauptet, erfasst nicht das ganze Bild. Heute ist der Sachverständigenrat mit dem Jahresgutachten zitiert worden. Die Aufschwungphase ist beendet. Ja. Wir gehen nicht von einer breiten und tiefen Rezession aus. Auch das ist heute bereits erklärt worden. Wir sehen allerdings auch wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Wir müssen ohne Zweifel den Strukturwandel angehen. Ja, wir nehmen auch die konjunkturellen und strukturellen Herausforderungen ernst. Ja, wir setzen als Bayerische Staatsregierung klare Wegmarken für Innovation, Infrastruktur und Investition.

Meine Damen und Herren, der Wohlstand in Bayern beruht insbesondere auf der technologischen Weltklasse und auf einer starken Exportwirtschaft. Wir stehen tatsächlich an der Schwelle eines tiefgreifenden Wandels. Es geht darum, Bayerns mittelständisch geprägten Industrie- und Gewerbetekern noch stärker zu digitalisieren – ohne Frage –, Bayerns Wirtschaft noch umweltfreundlicher zu gestalten – ohne Frage –, Bayerns Innovationspotenzial voranzutreiben – ohne Frage – und auf den internationalen Märkten unsere Position weiter auszubauen – ohne Frage. Bayern muss sich diesem internationalen Wettbewerb entschlossen stellen. Abschließend: Wir tun das!

Ich erwähne hier beispielsweise die Exportwirtschaft. Aiwanger hat kurz nach Amtsantritt die Weiterentwicklung unserer Außenwirtschaftsstrategie im Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben. Derzeit sind wir mit den Kammern und den Verbänden daran, sie zu aktualisieren und fortzuschreiben. Wir haben die Außenwirtschaft als wesentlichen Träger des bayerischen Wohlstands also klar im Blick. Es gilt auch, die technologische Dominanz in wichtigen Zukunftsfeldern voranzutreiben. Die Hightech Agenda ist heute bereits angesprochen worden. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Statement der Staatsregierung! Wenn das kein Statement ist, was ist denn dann ein Statement?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zwei Milliarden Euro für die digitale Zukunft – das ist im Kern ein wuchtiger Aufschlag, vor allem für den Mittelstand in Bayern. Was das genau ist, das wurde heute bereits vielfach ausgeführt, deshalb komme ich zum Ende.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung agiert. Sie reagiert nicht, sie agiert. Die Staatsregierung agiert umfassend. Wir betrachten nicht nur die Industrie, sondern wir betrachten den Mittelstand, wir betrachten Klein- und Kleinstunternehmen. Die Staatsregierung agiert mit Augenmaß. Wir wollen nicht nur "Tempo, Tempo, Tempo", sondern strategische Konzepte für die Zukunft. Die Staatsregierung agiert beherzt mit umset-

zungsorientiertem Anspruch. Wir gestalten die Zukunft konzeptionell und beherzt für unsere Heimat.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist beendet.